

## Leitlinien der Grünliberalen Partei Kanton Luzern

Verabschiedet

durch den Vorstand am 19.01.2017

*Für künftige Generationen eine intakte Umwelt bewahren, selbstbestimmt leben und ökonomisch erfolgreich sein – diese Ziele sind miteinander vereinbar. Für den Weg dorthin braucht es Eigenverantwortung, eine sachbezogene Suche nach innovativen Lösungen und den Willen, nachhaltig vorwärts zu kommen. Wir werden diesen Weg gehen. Im Kern grün, im Handeln liberal.*

### **Jetzt, aber auch morgen.**

Wir verstehen Politik als umfassendes Mittel zur Mitgestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ziel ist es, das Gleichgewicht zwischen Umwelt, Sozialem und Wirtschaft zu stabilisieren. Grundlage dafür sind eine lebendige Demokratie, eine tolerante und solidarische Gesellschaft sowie eine innovative und nachhaltige Marktwirtschaft.

Die politischen Ziele wollen wir mit einem auf gegenseitigem Respekt beruhenden Umgang untereinander verfolgen. Wir wollen Politik für die Allgemeinheit machen und nicht Partikularinteressen verfolgen. Grünliberale Politik ist sachorientiert. Die Lösung ist höher zu werten als die Parteipolitik im veralteten Links-Rechts-Schema. Wir wollen die Zukunft aktiv mitgestalten. Wir sind überzeugt davon, dass Wohlstand, Fortschritt, Ökologie, sozialer Zusammenhalt und eine liberale Staatsordnung vereinbar sind. Wir stehen zur direkten Demokratie und zum Grundsatz des Föderalismus, verteidigen aber auch Grundwerte wie Menschenrechte, Völkerrecht, Minderheitenschutz und Verhältnismässigkeit.

Wir wollen in einer pluralistischen Gesellschaft leben, in der individuelle Freiheit und Eigenverantwortung einen hohen Stellenwert geniessen. Diese Freiheit darf aber nicht auf Kosten Dritter ausgelebt werden. Deshalb müssen Eigenverantwortung und Solidarität gestärkt werden. Der Staat soll den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Der Staat soll sich gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen neutral verhalten, solange diese mit unserer Rechtsordnung und unseren Wertvorstellungen vereinbar sind.

Eine intakte Umwelt und gesunde Finanzen sind die Basis zur Wahrung unseres Wohlstandes. Der Generationenvertrag ist ein wichtiger Grundpfeiler unseres Handelns. Wir stehen in der Pflicht, unseren Nachkommen eine Welt ohne ökologische, soziale und finanzielle Altlasten zu hinterlassen, damit auch sie sich in ihrem Leben frei entfalten können. Das wollen wir vor allem mit Anreizen und nur wo nötig und zielführend, mit Vorschriften und Verboten erreichen.

### **1. Liberale Staatsordnung**

Wir stehen für einen starken aber schlanken Staat ein, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, auf Eigenverantwortung der Einwohnerinnen und Einwohner basiert und als modernes Dienstleistungsunternehmen funktioniert. Zu den Kernaufgaben des Staates gehören für uns der Schutz der individuellen Freiheit, die Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit, das Setzen von Rahmenbedingungen für einen fairen und freien Wettbewerb, die Korrektur von Marktversagen (zum Beispiel im Umweltbereich), sowie die Existenzsicherung von sich in einer Notlage befindenden Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes. Es ist regelmässig zu prüfen, ob Aufgaben besser durch Private oder den Staat erfüllt werden können.

Die persönliche Freiheit und Unversehrtheit sowie das Eigentum jedes Menschen sind zu schützen. Wo Eigenverantwortung und Anstand versagen, hat der Staat die Aufgabe, diese zu schützen und Vergehen konsequent zu bestrafen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass es in einer freien Gesellschaft keine absolute Sicherheit geben kann. Staatsschutzmassnahmen bedürfen einer gesetzlichen Grundlage und einer wirksamen politischen Kontrolle. Menschen, die sich an unsere Gesetze halten, soll Vertrauen geschenkt und die Privatsphäre respektiert werden.

## **2. Liberale Gesellschaftsordnung**

Wir wollen eine pluralistische Gesellschaft, in der die individuelle Freiheit besonderen Schutz geniesst und das Prinzip der Eigenverantwortung gilt. Wir fordern die öffentliche Hand dazu auf, mittels geeigneter Rahmenbedingungen das private Engagement zu ermöglichen und sicherzustellen.

Die Gleichstellung von Mann und Frau, Intersexuellen und aller Familien- und Lebensmodelle sowie die Chancengleichheit sind für uns selbstverständlich und sicherzustellen. Der Staat soll sich gegenüber Weltanschauungen neutral verhalten, solange diese mit unserer Rechtsordnung vereinbar sind.

Wir setzen uns für eine aktive Generationenpolitik seitens des Bundes, der Kantone und der Gemeinden ein. Im Fokus stehen dabei u.a. Handlungskompetenzen, Lebensperspektiven und Potenziale der verschiedenen Altersgruppen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu gehört neben der Erziehungsarbeit künftig auch immer mehr die Pflege von älteren Familienmitgliedern. Aus unserer Sicht stehen die Betroffenen selbst, genauso wie die Arbeitgebenden in der Verantwortung. Der Staat soll hierbei den Familien die Verantwortung nicht abnehmen, sondern wo nötig unterstützen.

## **3. Liberale Wirtschaftsordnung**

Wir sehen in der liberalen Wirtschaftsordnung und dem flexiblen Arbeitsmarkt der Schweiz einen grossen Standortvorteil. Auch Innovationen sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Schweiz. Der Staat soll gute Rahmenbedingungen schaffen und auf funktionierenden Märkten den freien Wettbewerb spielen lassen. Die vielen tausend KMU in der Schweiz sind ein wichtiger Eckpfeiler unserer Wirtschaft. Unternehmertum muss mit guten Rahmenbedingungen aktiv gefördert und nicht durch Bürokratie unnötig eingeschränkt werden. Wenn es aber zu Marktversagen kommt, hat der Staat regulierend einzugreifen. Der freie Markt versagt heute zum Beispiel dann, wenn die Kosten nicht selbst von den verursachenden Parteien getragen werden, insbesondere bei Umweltverschmutzungen. Staatliche Eingriffe in den Markt sollten grundsätzlich mit marktwirtschaftlichen Anreizsystemen, wie Lenkungsabgaben und nur wo nicht anders möglich, über Vorschriften und Verbote erfolgen. Von Unternehmen, Wirtschaftsführenden und Konsumierenden fordern wir ethisch verantwortliches Handeln gegenüber Menschen und Umwelt.

## **4. Finanz- und Steuerpolitik**

Wir wollen, dass der Staat unseren Nachkommen keine Schuldenberge hinterlässt. Wir wollen die vergleichsweise tiefe Staatsquote der Schweiz bewahren. Deshalb sollen bei den Ausgaben klare Prioritäten gesetzt werden. Notwendige Sanierungen der öffentlichen Haushalte müssen mit gezielten Verzichtsplanungen erfolgen, welche die strukturellen Probleme nachhaltig lösen. Dabei darf aber nicht auf Kosten von notwendigen und zukunftsweisenden Investitionen gespart werden.

Das Steuersystem wollen wir deutlich vereinfachen. Dies umfasst beispielsweise das Abbauen von Steuerabzügen. Damit schaffen wir in der Gesamtheit ein faireres und transparenteres Steuersystem. Mittels einer ökologischen Steuerreform soll das Steuersystem zur Erreichung unserer Nachhaltigkeitsziele beitragen. Wir unterstützen sowohl den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden als auch den Finanzausgleich. Der Steuerwettbewerb fördert einen effizienten Umgang mit den knappen Ressourcen des Staates und führt zu einem bedürfnisgerechten Angebot an staatlichen Leistungen.

## 5. Bildungspolitik

Eine starke Volksschule, das duale Bildungssystem, erstklassige Hochschulen und die internationale Anerkennung der Schweizer Abschlüsse sind für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz von zentraler Bedeutung. Wir unterstützen ein interkantonales abgestimmtes und koordiniertes Bildungswesen und setzen uns dafür ein, dass junge Menschen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren können. Um den zunehmenden Fachkräftemangel zu vermindern, sollen insbesondere in den betroffenen Fachbereichen Aus- und Weiterbildungen mit einer starken Geschlechtersegregation für beide Geschlechter attraktiver gestaltet werden. Wir stehen der Tendenz zu immer strengeren Kriterien und zu zwingenden Tertiärabschlüssen in gewissen Berufsgruppen kritisch gegenüber. Gerade bei der Kinderbetreuung, im Bildungsbereich sowie in Pflegeberufen sind Engagement und Empathie von grosserer Bedeutung, als ein Hochschul- oder gar ein Universitätsdiplom. Die gegenwärtigen Mindestanforderungen und -qualifikationen verwehren geeigneten Menschen den Zugang zu vielen Berufen, verschärfen damit einen Fachkräftemangel und verteuern insbesondere den Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich.

Die Grünliberalen des Kantons Luzern betrachten Bildung als lebenslange Aufgabe und als Gelegenheit, Begegnungen und Austausch zwischen verschiedenen Generationen zu fördern. Obwohl die Bildung von zentraler Bedeutung ist, müssen auch die Ausgaben in diesem Bereich regelmässig kritisch überprüft werden.

## 6. Gesundheits- und Sozialpolitik

### 6.1 Gesundheit

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das die Versorgung der Bevölkerung sicherstellt und gleichzeitig die Eigenverantwortung über Anreizsysteme fördert. Wir stehen grundsätzlich zu unserem Krankenkassensystem mit Wahlfreiheit und Wettbewerb. Das stetige Wachstum der Gesundheitsausgaben betrachten wir mit Sorge. Grund dafür sind in erster Linie die demographische Alterung, extensive Forschung, die Ärztedichte in den Städten sowie die Medikamentenkosten. Es sollen Anreize zur Stärkung des Hausarztes in ländlichen Gegenden mittels einer gerechteren Kostenvergütung zwischen Spezial- und Hausärzten erreicht werden. Die Spitzenmedizin sollte zentralisiert werden. Wir unterstützen die Spezialisierungen der Spitäler mit dem Ziel nicht alle Angebote an allen Standorten anzubieten, um die Kosten zu senken. Die Prävention und die Eigenverantwortung im Gesundheitsbereich muss gestärkt werden.

In der Drogenpolitik verlangen wir, unter Berücksichtigung des Jugendschutzes, eine vollständige Liberalisierung und Entkriminalisierung von weichen Drogen. Das Ziel muss sein, Personen nachhaltig vom Einstieg in die Sucht abzuhalten, Süchtigen eine gute Betreuung und einen geregelten Tagesablauf anzubieten und sie, wenn immer möglich, zum Ausstieg zu bewegen. Eine strikte Verfolgung des illegalen Handels mit harten Drogen ist weiterzuführen, allerdings mit Augenmass und Weitsicht. Der Besitz von kleinen Mengen Drogen soll legalisiert werden – der Handel damit allerdings weiter unter Strafe stehen. Repression gegenüber Süchtigen ist aber nicht zielführend.

### 6.2 Sozialsystem

Der Staat soll die Eigenverantwortung der Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch solidarisches Verhalten unterstützen und fördern. In Notlagen soll eine fachliche, soziale und finanzielle Unterstützung erfolgen. Staatliche Unterstützung muss massvoll und entsprechend dem Bedarf geleistet werden und so ausgestaltet sein, dass ein möglichst grosser Anreiz zur Verbesserung des Einkommens oder zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt besteht. Dabei ist es uns jedoch wichtig, dass betroffene Personen langfristig und nachhaltig ihre Existenz selbst sichern können. Kurzfristige Massnahmen haben oft hohe Rückfallquoten, sind nicht nachhaltig und deshalb unzureichend. Wir begrüssen Anreize für Arbeitgebende, vermehrt Arbeitskräfte einzustellen, die nicht voll leistungsfähig sind.

Wir stehen zum bewährten Drei-Säulen-System der schweizerischen Altersvorsorge, wobei der Zeitpunkt der Pensionierung flexibilisiert werden sollte und die Lasten fair auf die Generationen zu verteilen sind. Während bei der AHV

mit ihrem solidarischen Umlageverfahren eine Umverteilung stattfinden soll, dient die Pensionskasse der persönlichen Vorsorge, wobei sich die Höhe der Renten nach der Summe der geleisteten Beiträge richten muss. Um die staatlichen Sozialwerke im Gleichgewicht halten zu können, braucht es auch dort eine Schuldenbremse und langfristig finanzierbare Renten. Wir fordern ein geschlechterunabhängiges flexibles Rentenalter.

## **7. Ressourcen-, Energie- und Klimapolitik**

Wir streben eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft an. Ressourcen sollen effizient genutzt, ihr Verbrauch durch Kreislaufschliessungen ökologisch gestaltet und Abfälle vermieden werden. Dafür braucht es Kostenwahrheit und Transparenz über den gesamten Lebenszyklus von Produkten und Energieformen.

Energieeffizienz steht für uns an oberster Stelle denn eingesparte Energie ist die umweltschonendste Energie. Diskussionen über Suffizienz dürfen kein Tabu sein. Unsere Gesellschaft wird auch in Zukunft auf Energie als Schlüsselressource angewiesen sein. Fossile und andere nicht erneuerbare Energieträger sollen durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden.

Wir brauchen keine neuen Kernkraftwerke. Es soll auch möglichst bald in der Schweiz ein geeigneter Standort für die Lagerung von hochradioaktiven Abfällen bestimmt werden. Auch die Energienutzung soll effizienter gestaltet werden. Wir unterstützen zur Erhöhung der Energieeffizienz moderne Geräte- und Technologiestandards und gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung im diesem Bereich.

Finanzielle Anreize über Lenkungsabgaben, Bonus-/Malus-Systeme und Anpassungen des Steuersystems können uns zu einer ökologischen, wirtschaftlichen und sicheren Energieversorgung führen. Im Zentrum der Energie- und Klimapolitik steht für die Grünliberalen des Kantons Luzern deshalb eine ökologische Steuerreform. Die bestehenden Steuern sollen fiskal- und staatsquotenneutral durch eine Energiesteuer ersetzt werden.

## **8. Umweltpolitik**

### **8.1 Raumplanung**

Wir wollen die Landschaften und die Artenvielfalt erhalten. Dazu braucht es in den Städten eine Verdichtung auf bereits bebauten Flächen, um auch im Siedlungsraum Naherholungsgebiete und grüne Oasen zu erhalten und neue zu schaffen. Die Agglomerationen sollen auch in Zukunft noch attraktive Gebiete mit einer intakten Landschaft sein, was ebenfalls eine massvolle Verdichtung erfordert. In den peripheren Gebieten ist eine hohe Rücksichtnahme auf die Landschaften als Erholungsgebiete nötig. Ein ökologisch verträglicher Tourismus soll aber Platz haben.

Wir setzen uns für einen schonungsvollen Umgang mit Wasser ein und befürworten die Renaturierung von Fließgewässern. Wir stehen zum Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung und verlangen die effektive und effiziente Umsetzung der Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene.

### **8.2 Wasser, Boden, Luft**

Hohe Luft-, Wasser- und Bodenqualität ist eine wichtige Grundlage für unsere Gesundheit und Lebensqualität. Deshalb müssen die Grenzwerte betreffend Ozon, Feinstaub, Kohlenwasserstoffe und weiterer Schadstoffe, aber auch die Richtlinien im Gewässerschutz konsequent eingehalten werden. CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen in allen Bereichen, insbesondere auch bei Treibstoffen, mit einer Lenkungsabgabe versehen werden. Nach wie vor gelangen zu viele Nährstoffe über die unsachgemässe Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in die Umwelt. Das beeinträchtigt Böden und Wasser und gefährdet natürliche Lebensräume und den Erhalt der Ökosysteme. Wir wollen deshalb den Ausstoss umweltaktiver Nährstoffe sowie Pflanzenschutzmittel über geeignete Marktmechanismen reduzieren.

### 8.3 Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft ist für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und die Erhaltung der Boden- und Umweltqualität, der Biodiversität und der Landschaft wichtig. Wir setzen uns für eine ökologisch nachhaltige, unternehmerische und multifunktionale Landwirtschaft mit zeitgemäßem Tierschutz ein. Um diese Vorgabe zu erreichen, ist ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik notwendig. Zur Erreichung der ökologischen Ziele und zur Stärkung des Unternehmertums braucht es nicht mehr, sondern weniger staatliche Mittel. Umweltschädliche Anreize müssen beseitigt werden. Statt pauschaler Einkommensstützungen muss die nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln sowie vermehrt gemeinwirtschaftliche und ökologische Leistungen, wie die Pflege der Kulturlandschaft oder der Erhalt der Artenvielfalt abgegolten werden. Ohne gesicherte wissenschaftliche Grundlagen lehnen wir eine Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ab.

Der Wald muss als wichtiger Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten und als wichtiger Erholungsraum für uns Menschen geschützt werden. Als wertvolle Rohstoffquelle soll unser Wald nachhaltig bewirtschaftet werden. Die Nutzung und Verarbeitung von einheimischem Holz schützt Umwelt und Natur.

## 9. Verkehrspolitik

Mobilität ist ein wichtiges Element unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens. Jedoch werden die durch Mobilität verursachten Kosten nur ungenügend durch die Verursachenden getragen. Mobilität ist heute zu einem viel zu tiefen Preis verfügbar, wird deshalb entsprechend im Übermass nachgefragt und wächst auch im Kanton Luzern seit Jahren nahezu ungebremst.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist einer der grössten Verbraucher fossiler Ressourcen und einer der grössten Emittenten von Treibhausgasen, Schadstoffen und Lärm. Er soll massvoll und eigenverantwortlich eingesetzt und verursachergerecht finanziert werden. Wir setzen uns deshalb für einen nachhaltigen Umbau des schweizerischen Verkehrssystems ein: In erster Linie soll Verkehr vermieden, in zweiter Linie soll die Verlagerung auf energieeffizientere und ökologischere Verkehrsmittel gefördert werden, insbesondere auf den Velo- und Fussverkehr sowie den öffentlichen Verkehr.

Wir wollen Wohnen, Freizeit, Konsum und Arbeit möglichst nahe zusammenbringen, um den Bedarf an Mobilität nachhaltig zu senken. Dafür müssen die Kosten der Mobilität von ihren Verursachern getragen und Anreize für Sparsamkeit und verantwortungsvolles Handeln gesetzt werden. Mobility-Pricing-Massnahmen sind deshalb ein zentrales Element einer grünliberalen Verkehrspolitik. Neben dem öffentlichen Verkehr können auch neue umweltfreundliche und energieeffiziente Technologien (wie beispielsweise die erneuerbare Elektromobilität) in Bezug auf die Reduktion von Lärm und Umweltemissionen eine Schlüsselrolle im Verkehrsbereich übernehmen. Weiter können Home-Office-Lösungen und die vermehrte Nutzung moderner Kommunikationsmittel einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des Arbeitsverkehrs leisten.

## 10. Kulturpolitik

Wir wollen die Kultur fördern. Die Grünliberalen sind sich bewusst, dass Kultur einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leistet und den Zusammenhalt stärkt. Kultur trägt zur Lebensqualität bei und fördert den Wirtschafts- und Tourismusstandort. Kunst und Kultur entstehen in der Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt. Sie leisten einen Beitrag zur Reflexion und Kreativität, sind innovativ und deshalb für die gesamte Gesellschaft wichtig. Kinder und Jugendliche sollen an der Kultur teilhaben und Teil von ihr sein. Kunst und Kultur sind ein Korrektiv, dabei unabhängiger und kreativer als die meisten gängigen Medien. Sie stellen einen eigenen Wert dar und dürfen die Gesellschaft etwas kosten. Dabei unterstützt der Staat, der auch von der Kultur profitiert, diese mit seinen Mitteln.

Die Grünliberalen fördern die Kultur und achten dabei darauf, dass ein breites Angebot für die gesamte Gesellschaft bestehen kann.